

»Ärgernis, Aufsehen, Empörung:
Skandale in der Geschichte« -
Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten



Thema: Paul Rebenstock- „vom Stasimann zum Stalinismusopfer“

Schüler: Paulina Schilling und Carsten Bartelt

Betreuer: Jürgen Theil

Schule: Christa-und-Peter-Scherpf-Gymnasium Prenzlau

Inhaltsverzeichnis:

Skandale in der Geschichte	3
Der Fall Paul Rebenstock	5
MfS als „Schild und Schwert der Partei“	10
Justiz im Dienste der SED	15
Arbeitsbericht	19
Literatur- und Quellenverzeichnis	22
Anhang	24

Skandale in der Geschichte

Als uns unser Geschichtslehrer Herr Jürgen Theil über den aktuellen Wettbewerb der Körber-Stiftung informierte, waren wir zunächst sehr skeptisch ob wir zum Thema „Skandale in der Geschichte“ überhaupt geeignete Beispiele für unsere Heimatregion finden würden. Wir haben uns zunächst einmal Gedanken darüber gemacht, was einen „Skandal“ überhaupt ausmacht. Das heißt, was ist ein Skandal und was ist keiner.

Wer legt eigentlich fest, was skandalös ist oder Empörung hervorruft. Was vor 100 oder 50 Jahren noch ein Skandal war, kann heute schon Normalität sein. Oder wer hätte beispielsweise daran gedacht, dass eine gleichgeschlechtliche Ehe einmal möglich und gesellschaftlich akzeptabel wird?

Tagtäglich werden wir über die Medien über Skandale von Politikern, Künstlern, Schauspielern, Sportlern oder anderen Personen des öffentlichen Lebens informiert. Zum Teil fällt dabei auf, dass es häufig unwichtige Bagatellen und private Angelegenheiten sind, die erst über die Art und Weise der Berichterstattung zu einem Skandal aufgebauscht werden. Bereits hier stellt sich also die Frage, wer überhaupt ein Interesse an der Verbreitung von skandalösen und aufsehenerregenden Ereignissen hat. In der modernen Medienwelt sind es nicht selten die Boulevardblätter und Magazine, die um hohe Auflagen und Einschaltquoten buhlen. Andererseits scheint es aber auch so zu sein, dass viele Konsumenten im wahrsten Sinne des Wortes begierig darauf sind, die neusten Skandalgeschichten zu erfahren.

Skandale, Ärgernisse oder Empörung hervorrufende Ereignisse gibt es vermutlich in allen Epochen der Menschheitsgeschichte. Doch uns war nach weiteren Überlegungen sehr schnell klar, dass wir uns für die Untersuchung eines Falles aus der Neuzeit bzw. der Zeitgeschichte entscheiden werden, da hier die Quellenlage einfach besser ist. Hinzu kommt, dass uns die DDR-Geschichte, die im Unterricht nach wie vor leider nur eine untergeordnete Rolle spielt, besonders interessiert.

Die Medien räumten der DDR-Geschichte in den letzten Jahren eine zunehmend größere Bedeutung bei. Auch wenn sich die Bemühungen um Aufarbeitung verstärkt auf die Tätigkeit der Staatssicherheit ausrichteten und die DDR in der Diskussion vielleicht etwas zu einseitig als „Unrechtsstaat“ charakterisiert wird, kann bei näherer Betrachtung jedoch nicht geleugnet werden, dass man politischen Gegnern kaum rechtsstaatliche Mittel zugestand. Wenn es heute zum Alltag gehört, dass man gegen Castor-Transporte mit Demonstrationen vorgehen kann oder auf öffentlichen

Kundgebungen Politiker kritisieren darf, so reichte es im DDR-Staat schon aus, sich für Abrüstung im eigenen Land einzusetzen, um als Staatsfeind eingestuft zu werden.

Die SED verfolgte ihre politischen Gegner mit aller Schärfe. Die 1950 gegründete Staatssicherheit hatte weniger die Aufgabe den Arbeiter und Bauernstaat von äußeren Bedrohungen zu schützen, wie man selbst vorgab, als vor inneren „Feinden“, die man als Konterrevolutionäre abstempelte. Um das eigene Regime am Leben zu erhalten, war man insbesondere in den 50er Jahren bestrebt, durch Schauprozesse abschreckend auf oppositionelle Kräfte zu wirken. Mehrere Hundert DDR-Bürger fielen der DDR-Justiz und der von ihr vollzogenen Todesstrafe zum Opfer. Die Todesurteile wurden bezeichnenderweise zum Teil auf derselben Guillotine vollstreckt, die schon die Nazis in den Jahren zwischen 1933 und 1945 für ihre Hinrichtungen nutzten.

Vermutlich glaubten viele DDR-Bürger damals tatsächlich, dass es sich bei den Verurteilten um Hochverräter gehandelt habe, die man mit aller Härte bestrafen musste. Dass unter den Opfern auch Familienangehörige -Frauen und Kinder- waren, die absolut nichts mit den Vorwürfen zu tun hatten, wussten die Wenigsten. Auch war sicher kaum bekannt, dass man zahlreiche Unschuldige zu langjährigen Haftstrafen verurteilte.

Wir haben uns für den Fall Rebenstock entschieden, weil dieser Fall aus unserer Sicht doppelt interessant erscheint. Handelt es sich doch im vorliegenden Fall um einen Stasi-Offizier, der sowohl als Täter als auch als Opfer angesehen werden kann.

Wir möchten mit dieser Arbeit einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass unsere Mitschüler und alle anderen Leser unserer Arbeit einen Einblick in die skandalöse Willkürjustiz der 50er Jahre erhalten, die sich auch am Beispiel der Stadt Prenzlau mit zahlreichen Quellen belegen lässt.

Die Beschäftigung mit dieser Thematik hat uns sehr viel gebracht, weil wir dadurch u. a. Vorurteile abbauen und viel mehr über die Arbeitsweise der Staatssicherheit erfahren konnten. Sehr spannend fanden wir die Arbeit im Stasi-Archiv in Neubrandenburg, wo wir die Originalakten zum Fall Rebenstock einsehen konnten. In diesem Zusammenhang möchten wir uns auch bei der dortigen Mitarbeiterin des Archivs, Frau Schröder, bedanken, die uns tatkräftig bei der Recherche unterstützte und uns zahlreiche Kopien unentgeltlich zur Verfügung stellte.

Wir sind der Meinung, dass sich viel mehr Jugendliche mit zeitgeschichtlichen Themen und der DDR-Geschichte auseinandersetzen sollten.

Der Fall Paul Rebenstock

Das Ministerium für Staatssicherheit verfuhr besonders brutal mit „Verrätern“ aus den eigenen Reihen, wie der Fall Rebenstock beweist.

Paul Bruno Franz Rebenstock, so der vollständige Name des späteren Kreisdienststellenleiters der Staatssicherheit in Prenzlau, kann heute sowohl als Täter als auch als Opfer im DDR-Regime gesehen werden. Der aus einer Landarbeiterfamilie stammende Paul Rebenstock wurde am 7.12.1905 in Lauenburg (Pommern) geboren. Seine Eltern, Franz Rebenstock (Arbeiter in einer Färberei) und seine Mutter Therese Rebenstock, geb. Sikora, verstarben beide im Jahre 1921. In Lauenburg besuchte Paul Rebenstock von 1913 bis 1920 die Volksschule. Nach seiner Schulentlassung wünschte sich der damals 15 Jährige ein Seefahrer zu werden. Deshalb ging er bis 1921 zur Hochseefischerei an die Ostsee, um seinen Traumberuf zu erlernen. Er blieb bis 1924 dort, dann wurde er arbeitslos und musste sich umorientieren. Er erlernte nun den Beruf des Melkers im Kreis Neustettin und übte diesen Beruf bis 1935 bei verschiedenen Gutsbesitzern in Wismar, Kutzerow, Güterberg und Loiusfelde aus. Die folgenden Jahre (bis 1943) war er in der Landwirtschaft als Treckerfahrer und Maschinist tätig. 1934 heiratete Rebenstock seine Gattin, Sophie Langowski, die zwei uneheliche Kinder mit in die Beziehung brachte, in Strasburg. Aus ihrer gemeinsamen Ehe gingen sechs Kinder hervor.

Der damals aus Schlesien flüchtende Herr Lichteblau¹, der sich an Rebenstock noch gut erinnern kann, beschreibt ihn als einen korpulenten Mann mit grauem Haar, einem linken Scheitel, einem vollen Gesicht und einer Größe von ca. 170cm. Weiterhin erzählte uns der Zeitzeuge, dass Rebenstock eine Narbe unter dem rechten Auge hatte. Ebenfalls konnte er uns erzählen, dass Paul Rebenstock in der Friedhofstraße 1 (siehe Abb.2) in Prenzlau wohnte. Er gab an, dass Frau Rebenstock viel und gern auf der Straße mit den anderen Müttern plauderte, während die Kinder spielten.



Abb. 1: Paul Rebenstock

¹ Siehe Bild im Arbeitsbericht (Abb.8.)

Sie erzählte viel von dem, was ihr Mann ihr verbotenerweise von der Dienststelle berichtete. Die Plaudereien enthielten daher viele Fakten von den geheimen Aktivitäten der Staatssicherheit.

Rebenstock soll sich oft dem Genuss von Alkohol hingeeben haben und den außerehelichen Kontakt zu verschiedenen Frauen gesucht haben. Beides bereitete ihm große Probleme. Als Beispiel für seinen Alkoholmissbrauch dient jener Abend, als Paul Rebenstock, der bereits stark alkoholisiert war, in das bereits geschlossene Prenzlauer Parkhotel wollte. Als man ihm keinen Zutritt gewähren wollte, wurde er gewalttätig und stieß den Portier die



Abb. 2: Friedhofstraße 1 in Prenzlau, Paul Rebenstocks damaliges Haus

Treppe hinunter und verschaffte sich so Zugang zum Hotel. Er erklärte allen Anwesenden, dass sie festgenommen seien. Aber auch seine außerehelichen Frauengeschichten waren in Prenzlau ein Gesprächsthema. Aus seinen Affären gingen zwei weitere uneheliche Kinder hervor², was wahrscheinlich auch ein Grund für die vielen ehelichen Auseinandersetzungen war. 1943 wurde Rebenstock zur Wehrmacht einberufen und als Soldat in Polen und Dänemark eingesetzt. Während seines Einsatzes wurde er verwundet und kam ins Lazarett Demmin/Mecklenburg, aus dem er 1945 beurlaubt wurde. Er kehrte jedoch nicht ins Lazarett zurück, sondern blieb bei seiner Familie. Nach Kriegsende diente Rebenstock der Roten Armee und sammelte u. a. versprengtes Vieh ein. Seine guten Kontakte zur Besatzungsmacht und sein wiederholter Eintritt³ in die KPD beförderten seine Karriere erheblich. So wurde er zum Bürgermeister von Güterberg (nördlich von Prenzlau) ernannt und 1951 schließlich Kreisdienststellenleiter der Stasi in Prenzlau, nachdem er 1949 bereits als Angestellter/Sachbearbeiter der Staatssicherheit tätig war. Seinen früheren Dienstrang des Kommissars konnte er bis zum Oberkommissar ausbauen. Des Weiteren war Rebenstock stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung III der Bezirksverwaltung Neubrandenburg. Der soziale Aufstieg bekam ihm offensichtlich nicht. Um seinen unmoralischen Lebenswandel, der mit viel Alkohol verbunden war, weiterhin sicherzustellen, ließ sich Rebenstock bestechen und beschaffte sich das benötigte

² Vermutlich wird aus diesem Grund die Zahl der Kinder in den Quellen auch unterschiedlich angegeben.

³ BStU, MfS GH 37/55, Band 1, S. 78.

1927-1933 Mitglied der KPD, 1933-1945 ohne politische Organisationszugehörigkeit, 1945-1946, seit 1946 SED.

Geld durch Manipulationen bzw. Erpressung anderer Menschen. Rebenstock hat sich, wie aus den Stasiakten hervorgeht, an Schwarzmarktgeschäften sowie der Ausbeutung von Republikflüchtlings beteiligt. Er ließ ihre Wohnungen ausräumen und sich das Geld der verkauften Möbel zustellen. Aufgrund seines ständigen Auffallens in der Öffentlichkeit und der Überschreitung seiner Machtbefugnisse als Dienststellenleiter wurde er am 30.1.1953 in Neustrelitz in „disziplinarischen Gewahrsam“ genommen. Ihm gelang jedoch noch in derselben Nacht die Flucht nach Westberlin, wo er bei der Polizei um „politisches Asyl“ bat.

Für die Westalliierten muss das ziemlich verwirrend geklungen haben. Warum sollte ein für die Staatssicherheit arbeitender Leiter einer Kreisdienststelle um politisches Asyl bitten? Ein Täuschungsmanöver der DDR, um über die Westalliierten zu recherchieren? Rebenstock wurde tagelang vernommen, bevor er an die Geheimdienststelle der drei Westalliierten übergeben wurde. Er soll so bereitwillig über alle Vorgänge berichtet haben, dass die Geheimdienste sogar misstrauisch wurden. In den Unterlagen der Staatssicherheit wird behauptet⁴, dass er während seiner „Zusammenarbeit“ mit dem amerikanischen Geheimdienst, die unter Drohungen und Erpressungen erfolgt sei, versucht habe, mehrere DDR-Bürger zur Spionagetätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst anzuwerben. In der Zwischenzeit aber wurde seine Tochter, die zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt war, geködert, um an ihn heranzukommen⁵. Die Staatssicherheit hatte mehrere Briefe Rebenstocks an sie abgefangen, in denen Treffpunkte vereinbart waren. Doch zu diesen Treffen kam es nicht, da Paul Rebenstock nicht erschien. Als er sein Misstrauen offenbar überwunden hatte, wurde ein weiteres Treffen, diesmal mit dem Templiner Kreisdienststellenleiter, welchen Rebenstock auch zum Überlaufen „bekehren“ wollte, für den 20.9.1953 vereinbart, das in der Gaststätte „Felsengrotte“ stattfand, die an der Grenze vom sowjetischen zum amerikanischen Sektor Berlins lag. Mehrere Stasioffiziere observierten die Gaststätte. Kaum hatte Rebenstock Platz genommen, traten zwei Mitarbeiter der Staatssicherheit an den Tisch und erklärten den drei Personen,⁶ dass sie festgenommen seien. Ihnen wurde weiterhin gesagt, dass sie sich ruhig verhalten sollten und dass bei dem kleinsten Fluchtversuch geschossen werden würde. Rebenstock wurde in das Gefängnis der Ost-Berliner Stasi-Zentrale gebracht und auch hier wurde er nicht von tagelangen Verhören verschont. Die Stasi-Zentrale in Berlin befindet sich in der Magdalenenstraße. Rebenstock hielt diesen Verhören ebenfalls

⁴ BStu, Mfs GH 37/35, Band 1, S. 19.

⁵ BStU, Mfs, AOP 145/53, Band 1, S. 199.

⁶ Nach Angaben von Herrn Lichtblau soll es sich bei der dritten Person um Rebenstocks Bruder gehandelt haben.

nicht stand und wurde abermals sofort geständig. Was beim Lesen der Stasiakte auffiel war, dass sich viele Fragen im Verhör oft wiederholten.

Das Verfahren gegen den achtfachen Familienvater⁷, das vermutlich auch von den Ereignissen des 17.6.1953⁸ beeinflusst wurde, ist als Schauprozess inszeniert worden. Es wurde von der Staatssicherheit festgelegt, dass 300 in Zivil gekleidete Mitarbeiter der Stasi aus allen Bezirken der DDR erscheinen sollten. Die Stasi wollte offenbar allen Mitarbeitern zeigen, wie sie mit Verrätern umging. Aus diesem Grund fällte man dann auch die Todesstrafe. Nachdem man den Verurteilten, nach der Verkündung des Urteils, nach seinen letzten Wünschen gefragt hatte, verlangte er einzig und allein Zigaretten und Schreibpapier⁹. Seine Wünsche wurden ihm auch erfüllt. Leider konnten wir in den Stasiunterlagen keinen letzten Brief finden. Am 5.3.1954 schließlich wurde Rebenstock, auf einer Guillotine, die bereits 1933-1945 von den Nazis für die Ausschaltung politischer Gegner genutzt wurde, hingerichtet. Die Verkündung dauerte 14 Sekunden und der „Akt“ der Hinrichtung nur fünf Sekunden, so der Bericht in den Stasiunterlagen¹⁰. Die Stasi bezeichnete die Hinrichtung als „Hochzeit“¹¹. Im Protokoll wurde als Todesursache „Herzinsuffizienz“ vermerkt.

Der Fall Rebenstock ist aus unserer Sicht in vielerlei Hinsicht ein Skandal in der Geschichte, da er deutlich zeigt, wie korrupt und skrupellos die Mitarbeiter der Staatssicherheit agierten. Er beweist auch, dass die von der SED eingeforderte „sozialistische Moral“ selbst von den eigenen Leuten mit Füßen getreten wurde. Andererseits beweist dieser Fall aber auch, dass man Personen mit persönlichen Problemen und Schwächen schnell fallen ließ, man Milde, Mitleid oder rechtsstaatliche Verfahren für sogenannte Staatsfeinde ablehnte. Der Fall Rebenstock war der erste Prozess gegen einen Stasi-Mann, der mit einem Todesurteil endete. Es war der erste und einzige Prozess dem Erich Mielke¹² persönlich beiwohnte.

Der Fall Paul Rebenstock muss sowohl aus der Täter- als auch aus der Opferperspektive betrachtet werden. Die Täterposition nimmt er in den dargestellten Verbrechen gegen die eigene



Abb. 3: Fallschwertmaschine (Guillotine)

⁷ wie Anm. 2.

⁸ Auch der Arbeiteraufstand wurde mit sowjetischen Panzern niedergeschlagen.

⁹ Was Paul Rebenstock mit den Schreibutensilien anstellte, konnte nicht ermittelt werden.

¹⁰ BStU, MfS GH 37/55 Nr. 3, S. 114.

¹¹ BStU, MfS, AOP 145/53, Band 2, S. 76. (Anhang Abb. 14.)

¹² * 28. Dezember. 1907, † 21. Mai 2000, ab 1957 Minister für Staatssicherheit der DDR.

Bevölkerung ein, die er über Jahre hinweg bespitzelte und überwachte. In seine Opferrolle kommt er, als er zur Rechenschaft gezogen wird, durch die Justiz der DDR. Als abschreckendes Beispiel hingerichtet zu werden, nur um die Kontrolle über die eigenen Angestellten zu behalten, ist ein Skandal. Ebenso skandalös sowie verächtlich ist die Art und Weise des Ablaufes des Prozesses und seiner Hinrichtung, die auf derselben Guillotine (siehe Abb.2) erfolgte, die schon die Nazis im Dritten Reich nutzten. Bei den meisten Todesurteilen, die in der DDR vollstreckt wurden, lag eine größere Zeitspanne¹³ zwischen Urteil und Vollstreckung, nicht so bei Paul Rebenstock, wo es nur knapp 30 Stunden waren. Die kurze Zeitspanne diente der Unterstreichung des Ausdrucks der harten Strafe und sorgte daher für noch größeres Abschreckungspotenzial. Das Urteil ist nach unserer Meinung zu hart und nicht gerechtfertigt. Ein Hochverrat, wenn es denn im vorliegenden Fall überhaupt einer war, muss sicher bestraft werden, jedoch nicht mit dem Tod. Eine Hinrichtung als „Hochzeit“ darzustellen bzw. einen derartigen Tarnnamen dafür zu finden ist ebenfalls makaber sowie grausam und verächtlich. Paul Rebenstocks Familie erfuhr erst viele Jahre später¹⁴ was es mit dem Verschwinden ihres Vaters und Mannes auf sich hatte, das Traurige ist jedoch, dass man der Familie nur sagte, dass er am 5.3.1954 an Herzversagen verstorben sei. Der Fall des Paul Rebenstock zählt für uns als Zeichen für die Willkürjustiz der DDR, da man andere Täter aus der Zeit des Dritten Reiches, die den Tod von vielen unschuldigen Menschen zu verantworten hatten z. T. wesentlich milder strafte oder sie sogar wissentlich deckte, um daraus Kapital zu schlagen.

So erfuhren wir im Neubrandenburger Stasi-Archiv, der BStU, von der dortigen Mitarbeiterin Frau Schröder, dass in der DDR ehemalige KZ-Aufseherinnen lebten, die man erst in den 70er und 80er Jahren entdeckt hatte. Man machte ihnen jedoch keinen Prozess, weil sie sich in der DDR angepasst hatten und ihre frühere Tätigkeit nicht in der Öffentlichkeit bekannt war und nun auch nicht mehr bekannt werden sollte. Denn immerhin würde es in der DDR schließlich schon lange keine Nazis mehr geben. Auch wenn dies nur Einzelfälle waren, halten wir dies für skandalös.

¹³ Mehrere Wochen bis Monate.

¹⁴ 1982.

MfS als „Schild und Schwert der Partei“

Nach dem Ende des II. Weltkrieges wurde Deutschland von den alliierten Siegermächten in vier Besatzungszonen geteilt. Die unüberbrückbaren Gegensätze der Alliierten trugen in der Zeit des Kalten Krieges maßgeblich zur Spaltung Deutschlands bei. 1949 entstanden mit der BRD und der DDR zwei deutsche Staaten, die schrittweise in das jeweilige Blocksystem (Warschauer Pakt und NATO) eingebunden wurden. Die Unterschiede zwischen den beiden Staaten wuchsen stetig an. Die Belastungen durch Reparationen waren insbesondere für die SBZ bzw. die spätere DDR besonders groß. Hinzu kam, dass viele Städte zu einem großen Teil zerstört waren und erst wieder aufgebaut werden mussten. So war beispielsweise auch die Stadt Prenzlau zu 85 Prozent zerstört.

Am 24. Januar beschloss das Politbüro der SED die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit. Bereits 15 Tage später, am 8. Februar 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit schließlich gegründet. In den 50er Jahren waren die wichtigsten Aufgaben der Stasi der Kampf gegen die Republikflucht und das Vorantreiben der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Ziele des MfS wurden dem sowjetischen Modell entnommen.¹⁵ „Als *Schild und Schwert der Partei* ist das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) das wichtigste innenpolitische Repressionsinstrument der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).“¹⁶

Der erste Minister wurde Wilhelm Zaisser¹⁷ und sein Stellvertreter Erich Mielke¹⁸. Bereits 1950/51 fanden sogenannte Säuberungsaktionen statt, bei denen man u. a. Mitglieder der eigenen Partei, die den stalinistischen Kurs ablehnten, ausschloss. Die SED war der festen Ansicht, dass sie immer recht hat. Diese Einstellung machte sie sich zum Leitsatz, was sich auch an bestimmten Liedtexten dieser Zeit dokumentieren lässt¹⁹. Ein Großteil der Bürger war der Ansicht, dass die SED-Regierung nicht lange Bestand haben würde. Das, was die Mehrzahl der Bürger wollte, war die Wiedervereinigung der BRD und der DDR zu einem demokratischen Staat. Die DDR tritt 1950 dem von Moskau abhängigen „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“²⁰

¹⁵ <http://www.mtholyoke.edu/~andeliis/Stasi/GeschichteMfS.html>.

¹⁶ <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/SEDStaat/ministeriumFuerStaatssicherheit.html>.

¹⁷ * 1893, † 1958.

¹⁸ * 1907, † 2000.

¹⁹ „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht!“ – vgl.

http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_liedtextSEDLied/index.html.14.2.2011.

²⁰ Die „gegenseitige Wirtschaftshilfe“ geschah vor allem dadurch, dass die wirtschaftlich etwas

bei. Durch die zunehmende Verstaatlichung der Wirtschaft wollte man sozialistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse schaffen. Dies wurde auch deutlich, als auf der 2. Parteikonferenz der SED der planmäßige Aufbau des Sozialismus beschlossen wurde. Nun wollte man durch die Kollektivierung auch auf dem Lande dem Sozialismus zum Durchbruch verhelfen. Bis 1960, dem Ende des so genannten sozialistischen Frühlings, waren die privaten Wirtschaften auf dem Lande weitgehend beseitigt. Bereits 1950 produzierten „Volkseigene Betriebe“ über 90% aller Güter und Dienstleistungen.

Die 50er Jahre wurden auch von der Wiederbewaffnungsdebatte stark geprägt. Auch wenn ein großer Teil der Deutschen sicherlich gegen eine Wiederbewaffnung war, kam es 1955/56 zur Bildung von Streitkräften in beiden deutschen Staaten. Über die Militarisierung wollte man die staatliche Souveränität wieder herstellen. Nach Empfehlung Stalins entstand in der DDR zunächst eine Kasernierte Volkspolizei (KVP). Später wurde der nationale Dienst in den Reihen der Nationalen Volksarmee (NVA) zur „Ehrenpflicht“.²¹

Für den Umgang mit Andersdenkenden oder unzufriedenen und fluchtbereiten DDR-Bürgern gab es besondere Vorschriften, die zur Einschüchterung beitrugen. Es gab



Abb. 4: Sowjetische Panzer gehen gegen Aufständische vor

zwar Widerstand gegen die SED, jedoch keine eigentliche Opposition, da die freien Medien fehlten. Denn jede Opposition würde sich aus dem Selbstverständnis der SED gegen die Interessen des Volkes richten.²² Eine große Bedeutung in der DDR-Geschichte hatte wohl der

Arbeiteraufstand am 17.6.1953. Da die SED nicht nur die Politik, sondern auch alle staatlichen Institutionen

beherrschte, hatte sie die Macht, Beschlüsse zum Aufbau des Sozialismus durchzusetzen. Doch die verfehlte Wirtschaftspolitik der SED führte zu noch größer

stärkeren Länder (Sowjetunion, DDR, Tschechoslowakei, Ungarn) die schwächeren (Bulgarien, Rumänien, Kuba, Mongolei und Vietnam) im Rahmen der sozialistischen Integration wirtschaftlich unterstützten. Gleichzeitig wurde damit eine ideologische Stärkung im Sinne des Marxismus-Leninismus verfolgt.

²¹<http://www.lerntippsammlung.de/-g-Vorbild-Sowjetunion--Die-DDR--g-und-g-Volksaufstand-und-Mauerbau-g-.html>.

²²Ebenda.

werdenden Versorgungsproblemen. Mit der Planwirtschaft konnte man die Bedürfnisse des Volkes nicht befriedigen. Um die Produktivität zu steigern, wurden nun die Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 Prozent erhöht, was den Unmut der Bevölkerung vergrößerte und schließlich zum Anlass des Arbeiteraufstandes wurde. Am 17. Juni passierte das, was die SED vermeiden wollte, die Bürger wehrten sich, sie zündeten unter anderem Parteibüros der SED an, sodass schließlich die Regierung den Ausnahmezustand erklärte. Die Volkspolizei hatte keine Chance allein gegen die Bevölkerung, sie war „nicht mehr Herr der Lage“²³, daher griff die Sowjetarmee mit Panzern ein (siehe Abb. 4).²⁴ Vermutlich kamen bei diesem Aufstand landesweit mehr als 300 Menschen ums Leben, von den anderen Demonstranten erhielten ca. 100 weitere hohe Haftstrafen oder sogar ein Todesurteil. Auch in Prenzlau gab es am 17.6.1953 den Ausnahmezustand. Auf Plakaten wurden die Prenzlauer aufgefordert, nach acht Uhr ihre Wohnung nicht mehr zu verlassen. „Während in Berlin die Arbeiter gegen die Normerhöhungen und die schlechte Versorgung streikten, passierte in Prenzlau relativ wenig.“²⁵ Allerdings nahm die Zahl der Republikflüchtlinge aufgrund der politischen Verhältnisse auch im Kreis Prenzlau erheblich zu. Allein im Jahr 1954 flohen insgesamt 162 Personen aus dem Kreisgebiet.²⁶ In den offiziellen Nachrichten, die von der SED kontrolliert und beeinflusst worden waren, wurde der Arbeiteraufstand sehr schnell als „faschistischer Putschversuch“ bezeichnet. Nur die DDR-Bürger, die westliche Nachrichten empfangen konnten, haben nähere Hintergründe zum Aufstand erfahren können. Durch diesen Aufstand sah die Stasi nun noch genauer hin und verschärfte das Strafgesetz²⁷, so hätte bei dem Fall Rebenstock, der sich in diesem Zeitraum abspielte wohl eventuell auch ein anderes Urteil ergeben können. Dieser Fall und das „harte“ Durchgreifen der Stasi sollten ein abschreckendes Beispiel für Alle sein. Das MfS hatte keine Scheu, Personen, die eine kritische Meinung gegenüber der Regierung hatten oder zu den so genannten „Andersdenkenden“ gehörten, zu töten.

²³ <http://www.abipur.de/hausaufgaben/neu/detail/stat/226217053.html>.

²⁴ <http://deutschelobby.files.wordpress.com/2008/06/panzer-17juni.jpg>.

²⁵ Ch. Bruch, B. Broßmann, K. Bergholz: 17. Juni- Spuren in Prenzlau, S. 33.

²⁶ Ebenda, S.32.

²⁷ Ebenda, S. 35.

Und dabei war es eigentlich auch egal, ob darunter sogar Parteimitglieder waren, die sich für einen menschlichen Sozialismus einsetzten. Die SED-Politiker sprachen selbst nach diesem Ereignis weiterhin von einer stabilen Ordnung innerhalb der DDR. Ob selbst wirklich daran glaubten, muss dahingestellt bleiben. Kritik und Verfehlungen wurden mit aller Härte bestraft, denn es gab keine unabhängigen Richter, wie später auch



der ab 1951 ernannte Kreisdienststellenleiter von Prenzlau, Rebenstock, erfahren musste.

Abb. 5: Gebäude der Kreisdienststelle in den 50er Jahren in Prenzlau

Zu diesem Zeitpunkt ist der Kreis Prenzlau

der Stasi in Neubrandenburg unterstellt. Die Prenzlauer Kreisdienststelle der Staatssicherheit befand sich in der Rudolf-Breitscheid-Str. 14 (siehe oberes Bild²⁸). Erst in den 70er Jahren wurde sie in einem Neubau in der Grabowstraße eingerichtet.²⁹

Da der 1952 im Zuge der Verwaltungsreform gebildete Bezirk Neubrandenburg überwiegend landwirtschaftlich geprägt war und es an Industrie fehlte, standen auch die Dörfer und kleineren Städte unter einer ständigen Kontrolle der Stasi. Der Bezirk Neubrandenburg hatte eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 680.000 Hektar und spielte innerhalb der Agrarpolitik der DDR eine größere Rolle.³⁰ Es war der viertgrößte Bezirk der DDR, in dem 52% der Bevölkerung auf dem Land lebten.³¹

²⁸ Das Stasigebäude der 50er Jahre in der Rudolf-Breitscheid-Str. 14. Foto wurde privat geschossen.

²⁹ Erstaunlich war für uns, dass es in Prenzlau relativ unbekannt ist, wo sich in den 50er Jahren die Kreisdienststelle der Staatssicherheit befunden hat.

³⁰ Ch. Bruch, B. Broßmann, K. Bergholz – 17. Juni- Spuren in Prenzlau, S. 31.

³¹ Ebenda.

Die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit befand sich in Neubrandenburg.

„Das Dienstgebäude der Bezirksverwaltung Neubrandenburg ist ein aus mehreren Gebäuden bestehender Komplex, der in sich geschlossen ist. [...] Der gesamte Komplex erstreckt sich vom Walter-Rathenau-Platz und der Töpferstraße bis zur Gutenbergstraße und schließt dort das Haus Nummer 5 mit ein.“³²



Abb. 6: Dienstgebäude in der Gutenbergstraße 5

33

Eines der Dienstgebäude befand sich in der Gutenbergstraße 5 (Abbildung 6) dort war u. a. der Sitz der Abteilung Verwaltung und Wirtschaft sowie des Med. Dienstes, Lagerraum für Büromaterial und andere Ausrüstungen, Speise- und Versammlungsräume, Betriebsküche usw.³⁴

Gegenüber von diesem Haus befanden sich die Hausnummern 9-15 (siehe Abb. 7), die ebenfalls von der Stasi genutzt wurden. Von hier aus gab es sehr gute Beobachtungsmöglichkeiten, wie die Stasioffiziere in eigenen Unterlagen vermelden.

Besonders vom Schalterraum und den Dienstzimmern des Hauptamtes habe es gute

Observierungsmöglichkeiten gegeben.³⁵

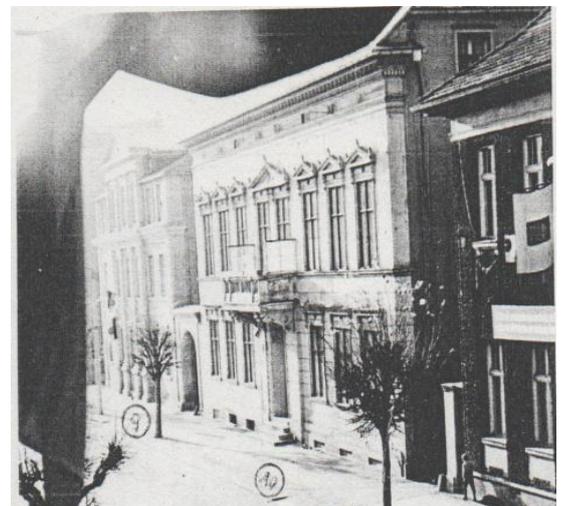


Abb. 7: Gutenbergstraße 9-15

36

³² BStU, BV Neubrandenburg, Abt. BdL Nr. 12, S. 1.

³³ BStU, BV Neubrandenburg, Abt. BdL Nr. 12, S. 10.

³⁴ BStU, BV Neubrandenburg, Abt. BdL Nr. 12, S. 2.

³⁵ Siehe Fußnote 32.

³⁶ Siehe Fußnote 33.

Die DDR-Justiz im Dienste der SED

In dem folgendem Kapitel möchten wir über die politisch motivierte Justiz in den Anfangsjahren der DDR schreiben, welcher zweifellos auch Paul Rebenstock unterlag. Daher sind keine direkten Parallelen zur unpolitischen Rechtsprechung zu ziehen.

Die SED war die „regierende Partei“ in der DDR. Die grundlegender Ziele und Inhalte der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Partei (der SED) waren bereits in der Verfassung der DDR festgeschrieben, wodurch sie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beherrschen konnte. Die SED traf alle zentralen Entscheidungen im Staat. Obwohl es weitere Parteien in der DDR gab, hatten diese sich den Richtlinien und Vorgaben der SED zu beugen, so kann man von einer Parteidiktatur sprechen, welche selbst durch die SED als „Diktatur des Proletariats“ öffentlich bezeichnet wurde. Das Aufbauprinzip dieser Partei lässt sich ebenfalls im Staat und der Justiz wiedererkennen, alle besaßen hierarchische Strukturen. Oberstes Staatsorgan, laut Verfassung, war die Volkskammer. An der obersten Spitze der Partei standen jedoch das Politbüro und das Zentralkomitee mit mehreren Unterabteilungen. Die Verfassung der DDR regelt in den Artikeln 86-104 den Aufbau des Gerichtssystems, welches wie folgt ist. Das höchste Organ war das Oberste Gericht, es verfolgte die Rechtsprechung auf der Grundlage der Verfassung und anderer Gesetze. Zu den untergeordneten Gerichten zählten die Bezirksgerichte, Kreisgerichte sowie „gesellschaftliche Gerichte“. In den Anfangsjahren der DDR lag ein Teil der Rechtsprechung in den Händen von Volksrichtern. Jene Richter waren Laien und fungierten an den „gesellschaftlichen Gerichten“. Sie waren lediglich durch kurze Lehrgänge auf ihr Amt vorbereitet worden. Das Auswahlkriterium für diese Richter war „nicht Fachqualifikation, sondern politische Sauberkeit war die entscheidende Voraussetzung“³⁷ für die Bekleidung derartiger Ämter. Die Linientreue der Richter war laut Verfassung festgeschrieben, wobei die „Unabhängigkeit in der Rechtsprechung“ ebenfalls festgeschrieben war³⁸, was nicht der einzige Widerspruch der Verfassung war. Eine politisch orientierte Rechtsprechung im Dienste der Partei war somit vorprogrammiert.

Die Volkskammer war u. a. für die Wahl der Richter und Staatsanwälte zuständig. Diese Wahlen wurden von der SED manipuliert, wodurch Parteigenossen alle denkbaren hohen Stellen im Staat besetzten. Somit stand die Justiz im Dienste der

³⁷ Judt, Matthias, DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn, 1998, Bandreihe 350, S.40.

³⁸ Art. 96 Abs. 1 der DDR Verfassung.

Parteiherrschaft und wurde von der SED kontrolliert. Mit der Gründung³⁹ des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wurde die strenge Kontrolle und Überwachung der Justizangestellten ausgebaut. Die Stasi diente allgemein als Ermittlungsorgan und das nicht nur in politischen Strafverfahren. So kam es in vielen Fällen dazu, dass Richter und Staatsanwälte keine Akteneinsicht bekamen, sondern Berichte und Urteile von der SED und des MfS vorgelegt bekamen. Oftmals stellte das MfS in den diversen Schauprozessen, welche vor allem in den Anfangsjahren der DDR stattfanden, die Zuhörerschaft, wie auch im Fall Paul Rebenstock, wo 300 Stasi-Mitarbeiter anwesend waren. Ferner ist bekannt, dass ein Mitarbeiter des MfS manchmal im Büro eines Richters saß, um dessen Arbeit zu kontrollieren, wie z.B. die Urteile zu überprüfen. Vor den Verhandlungen bzw. in der Haft machten Stasi-Mitarbeiter die Gefangenen unter psychologisch beeinflussenden Bedingungen wie stundenlange Verhöre, Verpflegungsentzug, Kälte- und Dunkelzellen und Misshandlungen gefügig. Meist legten die Gefangenen nach diesen Torturen Geständnisse nach Diktat ab, wie auch Paul Rebenstock. Die skrupellose Vorgehensweise des MfS unter der Leitung von Erich Mielke⁴⁰ erkennt man deutlich, als dieser bei einer öffentlichen Kollegiumssitzung sagt: „Wir sind nicht davor gefeit, dass wir mal einen Schuft unter uns haben. Wenn ich das schon jetzt wüsste, würde er ab morgen nicht mehr leben. Kurzen Prozess (...). Das ganze Geschwafel, von wegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil - alles Käse, Genossen. Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil.“⁴¹ Diese Art zu denken ist mitunter eine Ursache für die zahlreich⁴² verhängten Todesurteile in der DDR. Die Justiz diente besonders in den Anfangsjahren der DDR als Machtinstrument für die SED. Sie nutzte sie zur Einschüchterung und Abschreckung im Blick auf die eigene Bevölkerung, indem sie, wie der Fall Rebenstock darstellt, politische Gegner mit willkürlichen Urteilen bis in den Tod schickten, um Nachahmtäter sowie vermeintliche Republikflüchtlinge ein Zeichen zu setzen. Ebenfalls wurden, unter Ausnutzung der Justiz, politisch aktive Bürger, die nicht dem Vorbild der marxistisch-leninistischen Partei folgten, aus dem Weg geräumt.

Aus einem Schreiben vom 26.10.1950, vom ZK-Mitarbeiter Hentschel an Oberstleutnant Titow, ist zu entnehmen, dass Walter Ulbricht⁴³ die letzte Entscheidung über Leben und Tod der Angeklagten traf, was somit gegen die oben genannte „Unabhängigkeit der Rechtsprechung“ der Richter verstößt. Im Schreiben heißt es u. a.

³⁹ am 8.02.1950.

⁴⁰ * 28. Dezember. 1907, † 21. Mai 2000, ab 1957 Minister für Staatssicherheit der DDR

⁴¹ <http://www.traeumergasse.de/Justiz2.html>.

⁴² Keine genauen Zahlen bekannt, übersteigen jedoch 200.

⁴³ * 30. Juni 1893, † 1. August 1973, Politiker der SED, Staatsratsvorsitzender der DDR, 1950 Erster Sekretär des ZK der SED.

„Wenn der Genosse Ulbricht diesem Vorschlag zustimmt, kann in den nächsten Tagen die Ablehnung der Gnadengesuche erfolgen und die Vollstreckung der Todesurteile [...]“⁴⁴

Das Schreiben macht deutlich das jegliche Einsprüche und Gnadengesuche gegen die verhängten Urteile unmöglich waren. Des Weiteren zeigt es, dass Urteile schon weit vor der Verhandlung vom Politbüro festgelegt und weitergeleitet wurden, sodass die Verhandlungsführenden jene Urteile nur noch verlesen und im Gericht dem Angeklagten verkündeten. Die Entscheidung über Leben und Tod wurde durch „Kenntnisnahme“ von Strafsachen im Politbüro gefällt. Diese „Kenntnisnahme“ beinhaltet nicht nur reines Informieren, sondern bedeutete eine „Absegnung“ des Urteils. In einigen Fällen wurden komplette Urteile neu formuliert, z. B. von Zuchthausstrafe zur Todesstrafe. Der Fall Rebenstock weist den gleichen Ablauf auf, auch sein Gnadengesuch wird abgelehnt aufgrund des im Vorfeld festgelegten Urteils durch Ulbricht und Mielke. Letzterer nahm an diesem Prozess sogar selbst teil. Ein Parallelfall mit gleichem Ende stellt der Fall des Werner A. Flach⁴⁵ dar, welcher ebenfalls ein Prenzlauer ist. Auch er bekam die Todesstrafe für ein noch harmloseres Vergehen. Seine Strafe wurde vorher im Politbüro festgelegt und der folgende Schauprozess in Prenzlau war nur noch reine Formsache und Abschreckungsmaterial. Werner A. Flach starb, weil er angeblich militärische Information an den Westen weitergab, dabei ist zu beachten, dass er lediglich Sachbearbeiter für Versorgung war und somit keine kriegsentscheidenden bzw. geheimen und brisanten Informationen hätte weitergeben können.

Was beim Forschen zum Thema Justiz auffiel war, dass sich eine nicht unbedeutende Anzahl der willkürlich ausgesprochenen Urteile auf den „Boykotthetze-Artikel“⁴⁶ der DDR-Verfassung bezog. In ihm ist Folgendes festgelegt: „Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt“, jedoch gleichzeitig „(...) ermöglichte jener Artikel es, jedes gesetzeswidriges politisches Verhalten strafrechtlich zu verfolgen“⁴⁷. Da dieser Artikel kein festgelegtes Strafmaß besaß, wurde ein Großteil der Straftaten, die unter diesen Artikel vielen, aufs Härteste bestraft, was oftmals die Todesstrafe bedeutete. Somit bot

⁴⁴ Engelmann, Roger: Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, S. 190 zitiert nach: ZK an Genossen Oberstleutnant Titow, Karlshorst, vom 26.10.1950, gez. Hentschel, betr.: Bestätigung der Todesurteile für die von den Strafkammern des Landesgerichts Chemnitz (Waldheim) verurteilten Kriegs- und Naziverbrecher; BStU, ZA, SdM 1481, B1. 44.

⁴⁵ *7. Dezember. 1924, † 11. Februar, 1956 Hinrichtung in Dresden.

⁴⁶ Artikel 6 der DDR-Verfassung.

⁴⁷ Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 168 f.

er eine optimale Grundlage um die politisch motivierte Justizwillkür im Sinne der parteilichen Interessen vollends umzusetzen. Was ebenfalls auffiel, sind die schwammig formulierten Delikte wie „öffentliche Herabwürdigung“, die allein dem Ziel dienten, eine strafrechtliche Unterdrückung politisch Andersdenkender zu bewirken.

Die Begriffsänderung von „Rechtsprechung“ zur „Rechtspflege“ trifft genau auf die Anfangsjahre der DDR zu. Denn es wurde meist kein Recht gesprochen, sondern einzig und allein „Rechtspflege“ im Sinne der SED vollzogen, im Hinblick darauf die eigene Monopolstellung im Staat zu sichern und auszubauen sowie die Erziehung des Volkes zur „Heranbildung der sozialistischen Moral in allen Klassen und Schichten“ zu fördern.⁴⁸

Unserer Meinung nach sind die Anfänge der DDR von Justizmissbrauch im höchsten Maße geprägt. Die SED nutzte sie zur Herrschaftssicherung und Unterdrückung abweichender politischer Meinungen. Sie nutzte die Justiz um ihre politische Überlegenheit zu demonstrieren, wie auch weitere Prozesse⁴⁹ aufzeigen. Tausende fielen diesem System zum Opfer und daher ist in unseren Augen die DDR eindeutig als Unrechtsstaat zu bezeichnen, auch wenn es diesen umstrittenen Begriff eigentlich nicht gibt.⁵⁰

⁴⁸ <http://www.traeumergasse.de/Justiz2.html>

⁴⁹ Waldheimer Prozesse 21.04.1950 bis 29.06.1950

⁵⁰ Definitionen gibt es nur für einen Rechtsstaat.

Arbeitsbericht

Die Nachricht von unserem Geschichtslehrer Herrn Theil, dass die Möglichkeit für uns bestehe, an einem Wettbewerb der Körber-Stiftung zum Thema „Skandale in der Geschichte“ teilzunehmen, kam überraschend. Nachdem wir uns intensiv mit dem Heft „Spurensuchen“ beschäftigt hatten, überlegten wir gemeinsam, welche Skandalgeschichte wir wohl erzählen könnten. Unsere Gedanken kreisten um verschiedene Themen. Als uns Herr Theil vom Schicksal Paul Rebenstocks berichtete, war unser Interesse geweckt und wir entschieden uns eine Arbeit zu diesem Fall zu verfassen. Unsere Nachforschungen begannen mit einem Besuch im Prenzlauer Stadtarchiv.

Frau Brauchler betreute uns und stellte uns Bücher zur Prenzlauer Geschichte zur Verfügung. Allerdings lasen wir viel über die 80er Jahren, in denen die DDR zugrunde ging. Von den Anfängen der DDR fanden wir zunächst nur relativ wenig. Aufgrund dessen besuchten wir die Prenzlauer Stadtbibliothek und hofften hier mehr zu finden.

Doch auch hier merkten wir schnell, dass es zu den Anfängen der DDR und somit auch der Staatssicherheit nicht viele Informationen zu unserem Heimatort Prenzlau gibt. Nun versuchten wir es beim Prenzlauer Einwohnermeldeamt. Wir erhofften uns hier, die damalige Adresse von Paul Rebenstock herausfinden zu können, um über die vielleicht noch lebenden Angehörigen mehr über den Fall Rebenstock in Erfahrung zu bringen. Leider wurde uns mitgeteilt, dass es keine Informationen zu Paul Rebenstocks damaligem Wohnort gibt. Von den 50er Jahren gäbe es generell keine Adressen mit den zugehörigen Einwohnern. Als wir unserem Kurslehrer und Betreuer dies mitteilten, machte er uns den Vorschlag mit ihm gemeinsam und zwei weiteren Schülern, die ebenfalls an Projekten zum Thema „Skandale in der Geschichte“ arbeiten, nach Neubrandenburg in die Außenstelle der BStU zu fahren. Es dauerte über zwei Monate, bis wir einen Termin in der BStU Neubrandenburg zur Sichtung der Stasiunterlagen erhalten haben, wodurch sich die Arbeitszeit für die Auswertung dieser wichtigen Quellen verkürzt hat. Am 26.11.2010 konnten wir dann endlich die BStU Neubrandenburg besuchen, wo sich Frau Schröder um uns kümmerte. Wir bekamen die Chance in den von der Stasi angefertigten Akten über Paul Rebenstock zu lesen.

Hierbei traten oft Verständigungsprobleme auf, da viele Widersprüche in den Akten zu finden waren. Allerdings standen uns Frau Schröder und Herr Theil mit Rat und Tat zur

Seite und beantwortete uns jegliche Fragen bei einer gemütlichen Kaffeerunde. Nach diesem Archivbesuch erhielten wir einige Wochen später zahlreiche Kopien von den Akten, die wir in Neubrandenburg eingesehen hatten. Nun konnten wir unsere Forschungen zu Hause weiterführen. Trotzdem nutzten wir die uns von Frau Schröder angebotene Möglichkeit, sie für Nachfragen zu konsultieren. Die Akten lieferten uns eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit. Sie trugen dazu bei, dass wir ein besseres Verständnis für die damalige Zeit bekamen, auch wenn uns natürlich von unseren Betreuern klar gemacht wurde, dass man diese Unterlagen in mehrfacher Hinsicht kritisch prüfen muss. Frau Schröder stand uns auch im Nachhinein für Telefonate zur Verfügung und half bei auftretenden Fragen. Somit gilt Frau Schröder ein ganz besonderer Dank.

Wir wandten uns anschließend auch an das Landeshauptarchiv Potsdam. Leider konnten wir dort nicht arbeiten, da der Lesesaal über mehrere Monate umgebaut worden ist. Auch eine Fernleihe war von dort leider nicht möglich. Ebenso war es uns auch wichtig, mit Zeitzeugen zu sprechen, eventuell sogar mit Familienangehörigen. Es war uns von Anfang an klar, dass wir allein, ohne die Medien wohl kaum einen Zeitzeugen finden würden, deshalb suchten wir (natürlich auch auf Anraten unseres Betreuers) die Prenzlauer Zeitung auf.

Wir riefen in der „Prenzlauer Zeitung“ mit einem Artikel dazu auf, sich bei uns zu melden, um mit uns über Paul Rebenstock und die DDR-Zeit zu sprechen. Die Journalistin Frau Strehlow führte mit uns sogar ein kleines Interview und ihr Artikel ermöglichte es uns Zeitzeugen zu finden.⁵¹

Allerdings meldeten sich nur wenige Personen, darunter auch die Urenkelin Paul Rebenstocks. Sie hätte uns gerne bei unserem Projekt geholfen, aber sie kannte ihren Urgroßvater nicht und konnte somit keine Auskünfte geben. Weiterhin meldete sich Herr Lichtblau (siehe Abb.8), der ehemalige Nachbar von Rebenstock. Er erinnert sich noch genau an diese Zeit.

Am 14.12.2010 interviewten wir ihn, bei einer gemütlichen Tasse Kaffee und Kuchen. Wir lauschten gespannt seinen Berichten über die DDR-Zeit und Prenzlau sowie seinen Erinnerungen



Abb. 8: Herr Lichtblau

⁵¹ Der Artikel befindet sich als Kopie im Anhang (Abb. 1)

an Paul Rebenstock. Geduldig beantwortete Herr Lichteblau unsere Fragen. Wir freuten uns, dass wir mit ihm einen Zeitzeugen gefunden hatten, der uns nun doch noch einige Information über die damalige Zeit und Paul Rebenstock geben konnte. Daher gilt auch ihm ein besonderer Dank.

Da es uns wichtig war, mit Familienangehörigen zu sprechen, bemühten wir uns weiterhin um Kontakte. Frau Schröder gab uns die Information, dass in Strasburg eine ältere Dame unter dem Namen „Böker“ leben sollte. Es sollte sich bei ihr um eine verheiratete Tochter Rebenstocks handeln. Im Telefonbuch wurden wir fündig und riefen die Person an. Leider war es ein Irrtum und es handelte sich nicht um eine Person, die mit Rebenstock verwandt ist.

Da in den bisher von uns eingesehenen Akten nicht festgehalten wurde, wo sich die Kreisdienststelle der Stadt Prenzlau befand, erfuhren wir von unserem Kursleiter Herrn Theil, dass Frau Ingeborg Jeske wisse, wo sie sich befunden habe. Leider lebt Frau Jeske bereits im Altersheim, ist dement und konnte uns bei unseren Nachforschungen auch nicht weiterhelfen. Doch vor wenige Tage später erfuhren wir von den alten Prenzlauern Günter Arndt und Albert Archut, dass sich die Kreisdienststelle damals in der Rudolf-Breitscheidstraße befunden haben muss. Dies bestätigten uns inzwischen auch die Mitarbeiter des Stadtarchivs, die auf unsere Nachfrage hin ebenfalls recherchierten.

Da wir uns in unserer Arbeit auch mit dem Ministerium für Staatssicherheit beschäftigt haben, nutzten wir die Chance einen weiteren Zeitzeugen aufzusuchen. In einer öffentlichen Veranstaltung, organisiert durch Schüler unseres Parallelkurses, erzählte der Sohn des damaligen DDR-Außenministers Georg Dertinger, Christian Dertinger seine ebenfalls durch die Stasi geprägte Geschichte. Hier nahmen wir auch viele Informationen über das Handeln der Stasi auf.

Unser besonderer Dank gilt natürlich auch unserem Kursleiter Herrn Theil, der uns über die monatelange Arbeitszeit begleitet hat und uns über so manche Krise hinweghalf.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

- Bruch Ch. , Broßmann B. , Bergholz K. : 17. Juni 1953- Spuren in Prenzlau, Schülerarbeit von 2003
- DDR-Verfassung, Art. 6
- DDR Verfassung, Art. 96 Abs. 1
- Engelmann, Roger: Justiz im Dienste der Parteiherrschaft
- Fricke, Karl Wilhelm: DDR- Die Staatssicherheit, Köln 1989
- Fricke, Karl Wilhelm, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979
- Gieseke, Jens: „Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit- Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/1990“
- Judt, Matthias, DDR-Geschichte in Dokumenten, Bandreihe 350, Bonn 1998
- Kruschke , Martin „Der Protest des Werner A. Flach“, Schülerarbeit (maschinell)
- Neitmann, Klaus und Schich, Winfried (Hg.): Geschichte der Stadt Prenzlau, Band XVI, Prenzlau 2009
- Niemann, Andreas und Süß, Walter: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“, MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg
- Sontheimer „Der Akt dauerte 5 Sekunden“, Spiegel, erschienen 1997
- Theil, Jürgen: Prenzlauer Stadtlexikon und Geschichte in Daten, Arbeiten des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e.V., Bd. 7, Prenzlau 2005

Internetquellenverzeichnis

- http://de.wikipedia.org/wiki/Rat_f%C3%BCr_gegenseitige_Wirtschaftshilfe
- <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=8839725&aref=image015/SP1997/050/SP199705000800085.pdf&thumb=false>
- : <http://www.traeumergasse.de/Justiz2.html>
- <http://www.mtholyoke.edu/~andeliis/Stasi/GeschichteMfS.html>
- <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/SEDStaat/ministeriumFuerStaatssicherheit.html>
- <http://www.lerntippsammlung.de/-g-Vorbild-Sowjetunion--Die-DDR--g-und-g-Volksaufstand-und-Mauerbau-g-.html>
- <http://www.abipur.de/hausaufgaben/neu/detail/stat/226217053.html>
- <http://deuschelobby.files.wordpress.com/2008/06/panzer-17juni.jpg>

Stasiakten

- BStU, BV Neubrandenburg, Abt. BdL Nr. 272, Band I, S. 1-13, 15-28
- BStU, MfS, AOP 145/53, Band 1, S. 1,13-22,32-34,41,42,47,154-156,158, 199-200,226-231
- BStU, MfS, AOP 145/53, Band 2, S. 67,68,73-77,80-82,91-97,101-105,120-130, 134-139
- BStU, MfS, AOP 145/53, Band 4, S. 15
- BStU, MfS, AOP 145/53, Band 7, S. 15-18,84,89,90,94,95
- BStU, MfS GH 37/55, Band 1, S. 10,19,64-66,78-83
- BStU, MfS GH 37/55, Band 2, S. 7-12,56-58,71-73,87-89,93-101

- BStU, MfS GH 37/55, Band 3, S. 111,112,114,115,120,121,123-126,138-153, 155-161
- BStU, MfS GH 37/55, Band 8, S. 87,88-90
- BStU, MfS GH 37/55, Band 11, S. 22-24,31,32
- BStU, MfS GH 37/55, Band 12, S. 31-34, 51-74,76,77,122-114,153,155
- BStU, MfS GH 37/55, Band 19, S. 8,11-13,15,16,18,21,23,24,48,49,52,62,77,78

Abbildungsverzeichnis

- Rebenstockbild (Deckblatt, Der Fall Rebenstock Abb.1): BStU, MfS GH 37/55, Band 19, S. 15
- Rebenstockbild (Anhang): Der Spiegel 50/1997, S. 80
- Stasigebäude Prenzlau: Eigenfotografie
- Fallschwertmaschine: http://www.idea.de/uploads/pics/guillotine_crgedenkst.jpg
- Herr Lichteblau: Eigenfotografie
- Stasigebäude Neubrandenburg: BStU, BV Neubrandenburg, Abt. BdL Nr. 272, S. 10f
- Wohnhaus Rebenstock, Friedhofstraße 1 : Eigenfotografie
- Rebenstock-Grab : Der Spiegel 50/1997

Zeitzeuge

- Interview mit Herrn Lichteblau am 14.12.2010

Anhang

Wer kannte Paul Rebenstock?

FORSCHER Gymnasiasten suchen Zeitzeugen bei Forschungen über den einstigen Stasi-Chef Prenzlau.

VON MONIKA STREHLOW

PRENZLAU. Auf die Spuren eines Prenzlauers, dessen Schicksal in keine Schublade passt, haben sich die Paulina Schilling und Carsten Bartelt begeben. Als Teilnehmer des Geschichtskurses am Städtischen Gymnasium haben sich die 16-Jährige und der 18-Jährige dazu entschieden, ihre diesjährige Projektarbeit als Wettbewerbsbeitrag für den Bundespreis der Körber-Stiftung 2010/11 einzureichen. Dieser wird alle zwei Jahre bundesweit unter einem neuen Thema ausgeschrieben und widmet sich in seiner Neuaufgabe „Skandalen in der Geschichte“.

Nach ihren ersten Besuchen in Archiven und aus einem Artikel des „Spiegel“ vom Dezember 1997 wissen die jungen Leute, dass an dem ehemaligen Leiter der Prenzlauer Kreisdienststelle der Staatssicherheit Paul Rebenstock am 5. März 1954 das erste Todesurteil

Projekt „Skandale der Geschichte“

können sie im Prenzlauer Stadtlexikon ihres Kursleiters, Jürgen Theil, lesen. Am 30. Januar 1953 wurde er verhaftet, nachdem er durch Alkoholexzesse und Schiebergeschäfte aufgefallen war.

gegen einen Stasi-Mann vollstreckt wurde. Zum anderen war es der wohl einzige Geheimprozess in der DDR, dem Stasi-Chef Erich Mielke persönlich beiwohnte.

„Geboren am 7. Dezember 1905 war Paul Rebenstock seit Oktober 1951 Oberkommissar der Staatssicherheit und seit 1951 Leiter der Kreisdienststelle“,

Den „Junghistorikern“ bleibt bis Februar Zeit, die Forschungen voranzutreiben und in Form zu bringen. „Wir möchten gern noch mehr herausbekommen, als bisher bekannt ist“, sagt der 18-Jährige. Wer kannte Paul Rebenstock, leben noch Angehörige von ihm, wer weiß etwas aus dieser Zeit über sein Arbeits- und Lebensumfeld? Diese und viele andere Fragen möchten sie von Zeitgenossen Rebenstocks beantwortet haben, deshalb bittet Paulina darum, sich zu melden. Möglich ist das über ihre Telefonnummer 03984 718273 (mit Anrufbeantworter) sowie über 0152 03306569.



Carsten Bartelt und Paulina Schilling hoffen, dass sich jemand meldet, der ihnen etwas über Paul Rebenstock oder seine Zeit erzählen kann. FOTO: MS

Abbildung 1 Unser Zeitungsartikel in der Prenzlauer Zeitung vom 1. Dezember 2010

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
=====

Ortsgruppe Güterberg.
Kreis Prenzlau.

4/5
BSTU
900012

Charakteristik
=====

betr.
den Genossen

Rebenstock, Paul, geb. am 7. Dezember 1905 in Lauenburg (Pommern)
=====

Soziale Herkunft: Vater: Färbermeister Franz Rebenstock
Mutter: Therese geb. Sikora
beide verstorben in Lauenburg.

Vater früher SPD., 1918 im AuSR.

Beruf: erlernter: Mälker bis 1930
ausgeübter Beruf: 1930 - 1943: Tractorführer u.
Maschinist
Seit 1946: Bürgermeister in Güterberg.

Besitzverhältnisse

- a) der Eltern: ohne Besitz und Vermögen.
- b) eigene: ohne Besitz und Vermögen.

Schulverhältnisse: 6-klassige Volksschule Lauenburg (Pommern)

Berufliche Tätigkeit: siehe oben.

politische Vorstrafen: 3.3.33. bis 12.5.43 in pol. Schutzhaft
Straßburg und Prenzlau

Kriminelle Vorstrafen: keine

Organisationszugehörigkeit: 1927 bis 1933 KPD.
1933 bis 1945 ohne
1945 bis 1946 KPD.
seit 1946 SED.

früher im Arb.-Sportverein Lauenburg
Land.-und Forstarb.-Verband

Parteischulbesuch: 14 Tage in Prenzlau 1947

Verhaftet während der Nazi-Herrschaft: siehe oben.

Fachliche Beurteilung: als früherer Melker in der Viehaufzucht
bestens bewährt und anerkannte Fachkraft

als Tractorführer u. Maschinist ebenfalls
bewährt und anerkannte Fachkraft.

als Bürgermeister nach wiederholten
Aussprüchen des Landrats in Prenzlau
und massgeblich leitender Verwaltungsbeam-
tester Bürgermeister der Kreises.

Politische.

Abbildung 2 Charakteristik Rebenstocks durch die SED, Stasiakte

Gegenwärtig:

Staatsanwalt P i e h l als Vertreter des Generalstaatsanwaltes der Deutschen Demokratischen Republik und der Angestellte

000114

In der Strafsache

gegen R e b e n s t o c k , Paul,
wegen Verbrechens nach Art. 6 d. Verf. d. DDR

Um 4,30 Uhr wurde der

Paul R e b e n s t o c k

zur Vollstreckung der gegen ihn durch das Urteil des Obersten Gerichtes der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. 3. 54 erkannten rechtskräftigen Todesstrafe vorgeführt.

Der Staatsanwalt stellte die Personalien des Vorgeführten, Paul R e b e n s t o c k , fest, die der Verurteilte R e b e n s t o c k bestätigte.

Darauf wies der Staatsanwalt den Scharfrichter an, seines Amtes zu walten. Verkündung dauerte 44 Sekunden.

Der Scharfrichter vollstreckte das Todesurteil gegen den Verurteilten Paul R e b e n s t o c k durch das Fallbeil um Uhr.

Der Akt dauerte 5 Sekunden.

Der Angestellte

Der Staatsanwalt

Abbildung 5 Protokoll des Urteils gegen Rebenstock

von Mai 1945 bis Ende März 1946 bei einer sowjetischen Einheit als Melker gearbeitet hatte, wurde ihm die Funktion eines Bürgermeisters in Güterberg übertragen, die er bis Oktober 1949 ausübte. Gleichzeitig bewirtschaftete er eine 32 Morgen große Neubauernsiedlung. Während dieser Zeit unterhielt er ein intimes Verhältnis mit [REDACTED], das 1948 zur Geburt eines unehelichen Kindes führte. Durch dieses Verhältnis und weil sich der Angeklagte des öfteren dem Genuß alkoholischer Getränke hingab, kam es zu ehelichen Auseinandersetzungen. Er verließ seine Familie und unterhielt seit Juli 1952 ein intimes Verhältnis mit [REDACTED] aus [REDACTED], aus dem ebenfalls ein uneheliches Kind hervorging. Vom Oktober 1949 bis 30. Januar 1953 war der Angeklagte beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit angestellt. Auf Grund umfangreicher Verfehlungen im Amt wurde er am 30. Januar 1953 in Disziplinarhaft genommen, aus der er am 1. Februar 1953 ausbrach und nach Westberlin flüchtete, wo er sich bemühte, als sogenannter politischer Flüchtling anerkannt zu werden. Während seines Aufenthaltes in Westberlin vom 1. Februar bis 20. September 1953 stand der Angeklagte in keinem festen Arbeitsverhältnis.

Von 1927 an war der Angeklagte einige Zeit Mitglied der KPD. Die Mitgliedschaft erlosch wegen der Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit des Angeklagten gegenüber der Partei. Schon vor 1931. Im Jahre 1945 trat er wieder der KPD bei und wurde Parteisekretär der Ortsgruppe. Diese Funktion behielt er bis zu seiner Einstellung in den staatlichen Sicherheitsdienst.

Obwohl der Angeklagte Rebenstock bereits während seiner Tätigkeit als Bürgermeister ein in moralischer Hinsicht nicht zu billigendes Verhalten an den Tag gelegt hatte, gelang es ihm, im Oktober 1949 in den staatlichen Sicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik eingestellt zu werden. Er hat das ihm entgegen gebrachte Vertrauen auf das Größlichste mißbraucht.

Schon bei seiner Einstellung machte er wissentlich falsche Angaben im Lebenslauf und im Fragebogen, indem er sein Ausscheiden aus der Kommunistischen Partei vor 1933 verschwieg.

In den ersten Jahren seiner Tätigkeit bei den Sicherheitsorganen gelang es ihm, seine wahre Einstellung zu unserem Staat zu verbergen. Als ihm jedoch am 1. Oktober 1951 die verantwortliche Leitung einer Kreisdienststelle anvertraut wurde, beging er unter Ausnutzung seiner Funktion in großem Umfange Verbrechen, die das

BStU

000015

Fahndungs-Veranstaltung



Notr.: Rebenstock, Paul

Personenbeschreibung:

ca. 45 Jahre alt

Größe: 1.65 - 1.68

Gestalt: untersetzt

Haar: grau meliert, links geschneitelt

unter dem rechten Auge eine Narbe, volles Gesicht.

Bekleidung:

Dunkelblaue Manchesterjacke, Brusttaschen Reissverschluss,
dunkle Hose, braune Halbschuhe, als Kopfbedeckung eine Bastenmütze.

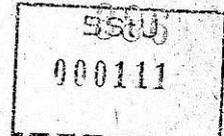
Das Augenmerk ist Bahnhöfe, Übernachtungsgaststätten zu richten.

Die Dienststellen Fürstensee und Grunsee sind zu verständigen.

gen.
(Körner)
Meister

F. d. R. d. A.
Lutmann
(Lutmann)

Abbildung 7 Beschreibung Rebenstocks



ergaunert und es bewusst unterlassen, glaubhaft bekannt gewesene
Offizialdelikte strafrechtlich zu verfolgen.

Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der
Deutschen Demokratischen Republik, Kontrollrats-
direktive 38 III A III sowie §§ 353 b und c,
242, 253, 339, 246, 346, 350, 332, 267, 263,
73 und 74 des StGB.

ZUR PERSON DER BESCHULDIGTEN:

1.) Der Beschuldigte

REBENSTOCK, Paul

besuchte von 1913 bis 1920 in seinem Geburtsort die Volks-
schule. Er arbeitete dann zunächst auf dem dortigen Gut und
erlernte von 1924 bis 1927 den Beruf eines Melkers.

In diesen Beruf hat REBENSTOCK bis 1935 bei verschiedenen
Gutsbesitzern gearbeitet.

In der Zeit von 1935 bis 1943 arbeitete der Beschuldigte
in der Landwirtschaft als Treckerführer und Maschinist.

Im Dezember 1943 erfolgte seine Einberufung zur faschistischen
Wehrmacht. Als Obergefreiter war REBENSTOCK in Dänemark und
in Polen.

Beim Zusammenbruch des Faschismus lag REBENSTOCK mit leichten
Verwundungen im Lazarett und war aus diesem Grunde in keiner
Kriegsgefangenschaft.

Vfg.
=====

30
SSW
000031

An den
Hohen Kommissar der UdSSR
in Deutschland
Abteilung Justiz
z.Hd. von Herrn Oberst J a k u p o w

Berlin - Karlshorst

Betr.: Strafsache gegen Paul Rebenstock und [REDACTED]

Vom Staatssekretariat für Staatssicherheit wurde mir in o. a. Strafsache der Ermittlungsvorgang zur Anklageerhebung übergeben.

Zur Person:

Der am 7. 12. 1905 geborene Paul Rebenstock stammt aus einer Landarbeiterfamilie. Nach dem Besuch der Volksschule lernte er Malker und übte diesen Beruf bis 1935 bei verschiedenen Gutsbesitzern aus. Anschliessend arbeitete er als Maschinist in verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben. 1943 erfolgte seine Einberufung zur faschistischen Wehrmacht. Nach der Zerschlagung des Faschismus arbeitete Rebenstock bei einer sowjetischen Militäreinheit als Malker. Im Jahre 1946 erhielt er Land aus der Bodenreform und betätigte sich als Neubauer. Gleichzeitig übte er die Funktion eines Bürgermeisters in der Gemeinde Güterberg, Kreis Frenzlau aus. Im Oktober 1949 wurde Rebenstock Angehöriger der Staatssicherheitsorgane.

Der am [REDACTED] geborene [REDACTED] stammt aus einer Arbeiterfamilie. Nach dem Besuch der Volksschule meldete er sich freiwillig zum Landdienst. Im Januar 1945 wurde er zum faschistischen Arbeitsdienst eingezogen.

Nach der Zerschlagung des Faschismus kam [REDACTED] im Mai 1945 in englische Gefangenschaft, aus der er im Juni 1945 wieder entlassen wurde. [REDACTED] arbeitete dann auf verschiedenen Stellen als Kraftfahrer.

Abbildung 9 weitere Personenbeschreibung Rebenstocks

Die imperialistischen Spionage- und Agentenzentralen und sonstigen feindlichen reaktionären Elemente richten gerade auf unsere Schutz-, Untersuchungs- und Abwehrorgane ein besonderes Interesse: Sie wollen die in ihnen tätigen Funktionäre durch Ausnutzung auch der geringsten moralischen Schwächen korrumpieren, sie bestärken sie zu verbrecherischem Verhalten bei der Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben und wollen sie sich hörig machen, um die Abwehrorgane von innen her zu zersetzen. So versuchen sie, verbrecherische Elemente als Funktionäre in die Staatsorgane einzubauen und Funktionäre, die sich bei Ausübung ihres Dienstes und außerdem dienstlich verbrecherisch und unmoralisch verhalten, für sich zu gewinnen. Dabei ist es eine beliebte Taktik, Funktionäre nach Westberlin oder Westdeutschland zu locken, damit sie, nachdem sie sich durch das Herüberkommen bloß gestellt haben, Staatsgeheimnisse verraten, ihnen als dauernde Spionagequellen dienen und ihnen behilflich sind, Spionageverbindungen zu Funktionären unserer Staatssicherheitsorgane herzustellen.

Solche willfährigen Elemente waren die Angeklagten.

II.

1. Der 48jährige Angeklagte **R e b e n s t o c k** besuchte von 1913 bis 1920 die Volksschule in seinem Geburtsort Lauenburg. Nach der Schulentlassung arbeitete er zunächst zwei Jahre auf einem dortigen Gut als Gutsarbeiter. In den Jahren 1924 bis 1927 erlernte er auf dem Gut Juchow, Kreis Neustettin den Beruf eines Melkers. In diesem Beruf arbeitete er bis zum Jahre 1925 bei verschiedenen Gutsbesitzern in Wismar, Kutzerow, Güterborg und Louisfelde. Danach war er bis 1943 in der Landwirtschaft als Treckerführer und Maschinist tätig. Am 18. Mai 1934 heiratete der Angeklagte. Aus dieser Ehe gingen acht Kinder hervor. Im Dezember 1943 wurde der Angeklagte zur faschistischen Wehrmacht einberufen und als Soldat in Dänemark und Polen eingesetzt. Während des Fronteinsatzes im damaligen Westpreußen wurde er verwundet und kam ins Lazarett Demmin/Mecklenburg, aus dem er im Mai 1945 beurlaubt wurde. Er kehrte jedoch nicht wieder ins Lazarett zurück, sondern verblieb bei seiner Familie. Sein letzter Dienstgrad war Oberkraftfahrer. Nachdem der Angeklagte

Abbildung 10 Anfang eines Lebenslaufes Rebenstocks

Blatt 2
=====

StU
000013

4/4

zur Charakteristik betr. den Genossen Paul Rebenstock in Güterberg
=====

Politische Beurteilung: Absolut und fest überzeugter Kommunist und SED.-Genosse.
Gründer der KPD.-Ortsgruppe Güterberg 1945.
Vorsitzender der Ortsgruppe bis 1949

Unter seinem Vorsitz festgefügte Ortsgruppe, anerkannt politisch beste Ortsgruppe des Kreises infolge seiner zielbewusstesten landjährigen Parteiarbeit.

moralische Beurteilung: fester, tadelfreier Charakter, strebsamer Arbeiter, dabei ruhig, stets zuvorkommende Haltung und nicht nachtragend.

Familienverhältnisse: Verheiratet seit 1934 mit [REDACTED]
8 Kinder im Alter von 2-20 Jahren.

Militärverhältnisse u. Kriegsdienst: Stabsgefreiter Kraftfahr-Ersatz-Abteilung 2 in Stettin 1943 bis 1945 Ostfront.



Rebenstock

Vorsitzende der SED.-Ortsgruppe Güterberg.

Abbildung 11 politische, moralische, familiäre Beurteilung und Beschreibung des Rebenstocks

Berlin, den 18.3.1953

BSU

000199

P l a n

für den Einsatz am 20.3.1953 für den Vorgang Blender

Aufgaben der Abt. X der Bezirksverwaltung Neustrelitz:

Die Tochter des Rebenstock, Paul muss am 20.3.53 bis 10,00 Uhr nach Malchow bei Berlin gebracht werden.

Aufgaben der Abt. X des M.f.St. :

Übernahme der Tochter [REDACTED] in Malchow. Mit ihr muss eine Rücksprache vorgenommen werden, wie sie sich bei dem Treff mit ihrem Vater zu verhalten hat. Sie muss ihn fragen, wie es ihm geht, ob er schon eine Beschäftigung hat und welche? Auf den Brief zurückkommend muss sie ihm erklären, daß die Art der Zustellung nicht gut ist, sie kann dadurch Unannehmlichkeiten haben, er soll ihr doch etwas vorschlagen, was nicht so auffällig ist. Beiläufig muss sie ihn fragen, ob er schon Bekannte in Berlin getroffen habe. Fernerhin erhält sie den Auftrag, den Treff beim nächsten mal näher an die Sektorengrenze heranzuziehen.

Weil die Gefahr der Beobachtung besteht, wird in Berlin kein Treff von uns mit der Tochter des Rebenstock ausgemacht. Die Aussprache findet dann in Bernau statt. Dort wird sie nach Rückkehr vom Treff mit ihrem Vater von einem Mitarbeiter der Abt. X am S Bahnhof erwartet. In Bernau wird dann eingehend über den Treff gesprochen. Bei dieser Aussprache wird die Tochter nochmals auf die Schweigepflicht aufmerksam gemacht. Ferner muss sie noch genaue Verhaltensmaßregeln erhalten.

Abtlg.VIII
Ref. III.

UUB
Berlin, den 21.9.53.

StU
900010

Festnahmebericht.

Betr: Festnahme des Rebenstock, Paul geb. am 7.12.05
in Lauenburg/Pommern, wohnh. in Bln-Wilmersdorf, Nassauische-
Str. Nr. 9-10
und des Schneidermeister [REDACTED] geb. am [REDACTED]
in Eschenriege Kr. Neu-Stettin, wohnh. in Prenzlau [REDACTED]

Am Sonntag den 20./9 sollten im Auftrage der Abtlg. X die
beiden oben Genannten im Lokal "Felsengrotte" Ecke Adel-
bert und Fritz-Heckert-Str. festgenommen werden.

Wie im Plan vorgesehen, kam der GM. und [REDACTED] um 10.20 Uhr,
aus Richtung Jannowitz-Brücke. Beide gingen zunächst in
das Lokal "Zur Bierquelle". Nach etwa 15 Minuten verliess
[REDACTED] wieder das Lokal und ging in den Westsektor. Eine
halbe Stunde später kam er wieder zum Ostsektor zurück
und betrat ~~wieder~~ dasselbe Lokal. Gegen 11.45 Uhr, ging [REDACTED]
wieder zum Westsektor und kam nach etwa 10 Minuten zurück,
wobei er sich wiederholt umsah. Kaum hatte J. das Lokal
Zur Bierquelle betreten, kam er mit den GM. heraus und beide
betreten nun das Lokal "Zur Felsengrotte."

Nach etwa 10 Minuten betrat Rebenstock auch das Lokal und
setzte sich sofort an den Tisch wo Rebenstock und [REDACTED]
sassen.

Kaum hatte Rebenstock Platz genommen, traten 2 Mitarbeiter
an diesen Tisch und erklärten allen drei Personen, dass sie
festgenommen sind. Weiter wurde ihnen gesagt, dass sie sich
ruhig verhalten sollen und dass bei einem Fluchtversuch
sofort geschossen wird.

Rebenstock antwortete, dass er sich ruhig verhalten wird
und keine Angst hat.

Alle gegebenen Anweisungen, wurden von Rebenstock, Jeske
und den GM sofort befolgt.

Die Überführung nach der Haftanstalt verlief ohne Zwischen-
fälle.

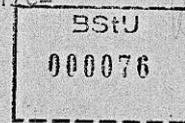
Einlieferung in der Haftanstalt II gegen 12.45 Uhr.

B e y e r

Abbildung 13 Der Festnahmebericht des Paul Rebenstock aus den Stasiakten

bez st anw dsdn
genstarep bln fs nr 73 4.3.54 1017
an den
staatsanwalt des bezirks
d r e s d e n

Knie=



am 5.4.54 findet in dresden eine hochzeit statt. standesbeamte
usw. uebernimmt sfs. berlin, ich ersuche sie, nur folgendes zu
erledigen:

die noetigen unterlagen und utensilien vom standesamt usw. zu
besorgen, damit der abtransport nach vollzug am freitag frueh
erfolgen kann.

es handelt sich um paul r e b e n s t o c k , geb.7.12.05 .-
den mit dieser sache beauftragten ersuche ich, sich mit den an-
geforderten unterlagen heute abend -- 1900 uhr -- an der feier-
staette einzufinden.

bestaetigung durch den staatsanwalt ob alles erledigt wird,
erwarte ich bis 1200 uhr ueber fs. =

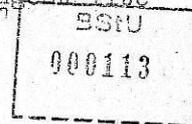
genstarep bln gez. L o e s e r sta.+
bt. bst.

bez st anw dsdn fs nr 73 erhalten 4.3.54 1030 fekete ++++

Abbildung 14 Verherrlichung der Hinrichtung Rebenstocks als „Hochzeit“

Gegenwärtig:

Staatsanwalt P i e h l als Vertreter des Generalstaatsanwaltes
der Deutschen Demokratischen Republik. und der Angestellte
[REDACTED]



In der Strafsache
gegen R e b e n s t o c k , Paul,
wegen Verbrechens nach Artikel 6 der Verf. d. DDR

wurde am 4. 3. 54 um 22,00 Uhr
der Verurteilte
vorgeführt. Ihm wurde eröffnet, daß am 5. 3. 54, 4,30 Uhr,
das gegen ihn durch das Oberste Gericht der Deutschen Demo-
kratischen Republik am 3. 3. 1954 verkündete Todesurteil an
ihm vollstreckt werde.

Es wurde nach seinen Wünschen gefragt.
Der Verurteilte verlangte nach Zigaretten
und Schreibpapier. Der Wunsch wurde erfüllt.


Angestellter


Staatsanwalt

ESU
000155

Effekten - Aufstellung

des Beschuldigten

Rebenstock, Paul
geb. am : 7. 12. 1905

1. 1 Mantel
2. 1 Jacke
3. 1 Paar Hosenträger
4. 1 Mantelfutter mit Reißverschluss
5. 1 Unterhose kurz
6. 1 Unterhemd
7. 1 Oberhemd
8. 1 Schlafanzughose
9. 1 Binder
10. 1 Paar Sockenhalter
11. 1 Kugelschreiber
12. 1 Bleistift mit Verlängerer
13. 1 Paar Schuhbänder
14. 7 Zigaretten
15. 1 Rasierklinge
16. 1 Drehbleistift

Diese Gegenstände wurden dem Staatsanwalt zur weiteren Abgabe
an die Volkssolidarität übergeben :

Oberste Staatsanwaltschaft
der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin N 4, Scharnhorststr. 34
Übergeben :

Übernommen
Volkssolidarität
Kreisrat
Berlin-Pankow, Ossietzkystr. 100

Neustrelitz, den 10. Nov. 1967

BStU

000001

Dokumentation

Dienstobjekt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
Neubrandenburg, Sitz Neustrelitz

Das Dienstobjekt der Bezirksverwaltung Neubrandenburg ist ein aus mehreren Gebäuden bestehender Komplex, der in sich geschlossen ist. Die einzelnen Gebäude sind nur zu einem geringen Teil miteinander verbunden. Um von einem Gebäude zum anderen zu gelangen, muß in den meisten Fällen das Hofgelände überquert werden. Der gesamte Komplex erstreckt sich vom Walter-Rathenau-Platz und der Töpferstraße bis zur Gutenbergstraße und schließt dort das Haus Nummer 5 mit ein (Siehe Objektlageplan / nicht maßstabgerecht).

Auf Grund der äußerst ungünstigen Lage des Objektes gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die Eingänge, Toreinfahrten und Außenfronten der Dienstgebäude sowie die Hofflächen von verschiedenen Stellen aus relativ leicht zu beobachten bzw. unter Kontrolle zu halten. Schwerpunkte, die bei der politisch-operativen Sicherung des Dienstobjektes eine besondere Berücksichtigung finden müssen, sind:

- Gutenbergstr. 12 (Hauptpostamt) und 11 (FDGB-Betriebsrat),
- Hofgebäude der Gutenbergstr. 2 (Druckerei "Erich Weichert") und die Wohnhäuser Gutenbergstr. 4 und 6,
- Bushaltestelle am Walter-Rathenau-Platz,
- Erweiterte Oberschule "Clara Zetkin" am Walter-Rathenau-Platz,
- Parkplatz zwischen der BOS und dem Rat des Bezirkes, Tiergartenstr. 19, sowie die dahinter gelegene Geländeerhebung im Tiergarten,
- Ein Teil des Hauptgebäudes vom Rat des Bezirkes mit dem dazugehörigen Garagengelände neben dem Saupfeteich,
- Wohnhäuser Töpferstr. 9, 11, 12 und 13,
- Wohnhäuser Töpferstr. 18 und 19.

Einige der spionagebegünstigenden Bedingungen am Dienstobjekt der Bezirksverwaltung wurden fotografisch dokumentiert. Nachfolgend die Erläuterungen dazu:

Abbildung 15 Beschreibung des Dienstobjektes in Neubrandenburg



Abbildung 16



Abbildung 17 -Abbildung 16 und 17 zeigen weitere Dienstobjekte in der Gutenbergstraße in Neubrandenburg

DDR

Der Akt dauerte 5 Sekunden

Von Sontheimer,

Im Frühjahr 1954 wurde ein in den Westen übergelaufener Oberkommissar der Staatssicherheit in Dresden klammheimlich hingerichtet. Jetzt aufgefundene Akten enthüllen eine triste proletarische Karriere aus der Frühzeit des Arbeiter-und-Bauern-Staats.

Das Fernschreiben an den Staatsanwalt des Bezirks Dresden war knapp gehalten. "am 5. 3. 54 findet in dresden eine hochzeit statt", kündigte die Generalstaatsanwaltschaft der DDR aus Berlin an. "standesbeamte usw. übernimmt sfs. berlin." Aber man möge doch "die nötigen unterlagen und utensilien vom standesamt usw. besorgen, damit der abtransport nach vollzug am freitag früh erfolgen kann. es handelt sich um paul rebenstock, geb. 7. 12. 05."

Eine eigentümliche Trauung: Um 4.30 Uhr des 5. März 1954 wurde der ehemalige Leiter der Kreisdienststelle Prenzlau der Staatssicherheit von seiner Zelle in der Dresdener Untersuchungshaftanstalt I zum Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft geführt. Der stellte die Personalien fest, dann wies er den Scharfrichter an, seines Amtes zu walten.

"Verkündung dauerte 14 Sekunden", heißt es im Protokoll. Anschließend schnallten der Henker und seine Helfer Oberkommissar Rebenstock auf der Guillotine fest, die wie in der Nazi-Zeit "Fallschwertmaschine" genannt wurde.

Wenn Ruth Böge an das Ende ihres Vaters denkt, raubt ihr das noch heute den Schlaf. "Ich stelle mir vor", sagt die älteste Tochter des Hingerichteten, "wie sie ihm mit der Ramme den Kopf abgehauen haben - etwas Schlimmeres gibt es nicht."

Sie ist 62 Jahre alt und lebt mit ihrem Mann in einer Zweiraumwohnung im mecklenburgischen Strasburg. Fast 40 Jahre mußte die Rentnerin warten, bis sie über das Schicksal ihres Vaters Gewißheit erlangte. Sie wußte, daß er sich 1953 nach West-Berlin abgesetzt hatte, doch dort verlor sich seine Spur.

Im Frühjahr 1990 gab ihr eine Freundin die "Bild"-Zeitung. In einer "Todesliste des SED-Henkers, Teil 2" las sie: "Rebenstock, Paul, Angestellter, Berlin, Nassauische Str. 9-10, *7. 12. 1905, + 5. 3. 1954."

Wie und warum Rebenstock unter das Fallbeil kam, enthüllen erst jetzt Akten des Ministeriums für Staatssicherheit: Der Stasi-Mann wurde geköpft, um weitere potentielle Verräter abzuschrecken.

Einsicht in die Unterlagen, die bei der Gauck-Behörde liegen, hat ein Mann erhalten, der Augenzeuge der Verhandlung gegen Rebenstock war: Werner Barfus, 70, diente von 1950 bis 1966 dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR als Sekretär. Bis zur Wende hatte er über den Prozeß geschwiegen; nicht einmal seiner Frau hatte er von dem Tribunal erzählt.

Für Barfus, der seit vier Jahren Aktenbestände der DDR-Justiz aufarbeitet, ist der Fall Rebenstock aus zwei Gründen außergewöhnlich. Zum einen endete er mit dem ersten Todesurteil gegen einen Stasi-Mann. Zum anderen handelte es sich um den einzigen Geheimprozeß in der DDR, dem Erich Mielke persönlich beiwohnte.

In scharfem Kontrast zu der strengen Geheimhaltung und dem exklusiven Publikum stand allerdings der Angeklagte. Paul Rebenstock war kein schillernder Spion, sondern ein durch und durch einfacher Mann. In den dreißiger Jahren arbeitete er als Melker und Treckerführer und heiratete in dem mecklenburgischen Städtchen Strasburg die Schnitterin Sophie Langowski. Erst 1943 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und erlebte das Kriegsende in einem Lazarett.

Wieder heimgekehrt, diente Rebenstock sich einer Einheit der Roten Armee an, die versprengtes Vieh einsammelte. Dies erwies sich in zweierlei Hinsicht als nützlich. Zum einen fiel immer wieder ein Stück Fleisch ab, zum anderen erwarb er sich das Vertrauen der russischen Besatzer. Sie machten ihn zum Bürgermeister des Dorfes Güterberg.

Rebenstock trat der KPD bei, deren Mitglied er schon in den zwanziger Jahren einmal war. Seine Herkunft beförderte seine Karriere im entstehenden Arbeiter-und-Bauern-Staat. Im Oktober 1949 wurde er zur Staatssicherheit berufen, zwei Jahre später zum Leiter der Kreisdienststelle in Prenzlau befördert.

Doch Rebenstock bekam die Macht, die ihm das Amt verlieh, nicht. Schon als Bürgermeister hatte er sich gern und häufig dem Alkohol hingegeben und zwei Neubauerntöchter geschwängert. Jetzt begann er unter der Hand einen schwunghaften Handel mit konfisziertem Hab und Gut, das Republikflüchtlinge zurückgelassen hatten.

Eines Nachts drang er in ein bereits geschlossenes Hotel in Prenzlau ein. Als man ihn nicht mehr bedienen wollte, warf er kurzerhand den Portier die Treppe hinunter und erklärte ihn und eine Kellnerin für verhaftet.

Solche Eskapaden blieben nicht lange unentdeckt, gegen Rebenstock wurden disziplinarische Ermittlungen eingeleitet. "Eines Abends", erinnert sich Ruth Böge, "kam er an mein Bett und sagte: Am liebsten würde ich mich erschießen. Aber sie haben mir alles abgenommen."

Es war das letzte Mal, daß die Tochter ihren Vater sah. Am nächsten Tag, dem 30. Januar 1953, holten Kollegen ihn ab und nahmen ihn im Stasi-Quartier in Neustrelitz in "disziplinarischen Gewahrsam".

Doch besonders sicher war es bei der Staatssicherheit nicht. Rebenstock konnte fliehen, so merkte der verantwortliche Dienststellenleiter in einem "informativischen Bericht" an die Hauptabteilung Personal in Berlin zerknirscht an, "weil er äußerst primitiv untergebracht war". Paul Rebenstock drückte einfach eine zugengelagerte Tür auf, nahm die Glasfüllung bei einer weiteren heraus und schlich sich am Zimmer des Offiziers vom Dienst vorbei.

Noch in der gleichen Nacht suchte er bei der West-Berliner Polizei als politischer Flüchtling um Asyl nach. Acht Tage lang vernahm ihn der Leiter der politischen Polizei. Der Stasi-Überläufer berichtete bereitwillig über die Standorte etlicher Dienststellen, über monatliche Benzinzuteilungen und Befehle des Ministeriums. Er plauderte die Kennzeichen der Dienstwagen aus und nannte Namen, Dienstgrade und Adressen von über 30 Kollegen.

Die politische Polizei reichte Rebenstock an die Geheimdienste der drei westlichen Alliierten weiter. Auch dort redete er wie ein Wasserfall.

Wenige Wochen nach seiner Flucht ging Rebenstocks Tochter Ruth - damals 17 Jahre alt und hochschwanger - zum Bahnhof, als ein schwarzer BMW neben ihr stoppte. Im nächsten Moment wurde sie von zwei Männern in den Wagen gezogen. Die gaben ihr

einen abgefangenen Brief des Vaters zu lesen, in dem er sie zu einem Treffen in West-Berlin bestellte. Sie solle ihn zur Rückkehr bewegen, verlangten die Stasi-Männer.

Ruth Böge fuhr brav zum Treffpunkt, aber ihr Vater kam nicht. Noch drei weitere Male benutzte die Stasi die Tochter als Lockvogel - vergeblich. "Einmal sollte ich ihn am S-Bahnhof Schöneberg treffen", erinnert sie sich, "und wurde dabei nicht nur von der Stasi beschattet, sondern auch von Westagenten. Das habe ich gemerkt - und Papa sicher auch."

West-Berlin war in den fünfziger Jahren das Mekka für Agenten aller Art und Herkunft. Rebenstock war zwar kein hochrangiger Überläufer, aber doch kein ganz uninteressanter. Deshalb stritten sich West-Berliner und amerikanische Agentenführer förmlich um ihn. Die Amerikaner setzten sich durch, besorgten ihm einen auf einen falschen Namen ausgestellten Personalausweis und beauftragten ihn, ehemalige Stasi-Kollegen umzudrehen und anzuwerben. Rebenstock schrieb Dutzende von Briefen, die per Post oder via Kurier in die Zone befördert wurden.

Die Methode war etwas plump; die allermeisten, die der naive Überläufer mit Drohungen und Angeboten lockte, gaben seine Briefe sofort bei ihren Vorgesetzten ab. Lediglich der Leiter der Stasi-Kreisdienststelle Templin erschien zweimal zu einem konspirativen Treff. Rebenstock bot ihm für wichtige Befehle des Stasi-Chefs Ernst Wollweber sowie für Informationen über die Volkspolizei 5000 Mark.

Der dritte Treff ist für Sonntag, den 20. September 1953, angesetzt. Kurz vor zwölf Uhr mittags betritt Rebenstock die "Felsengrotte", eine Kneipe unmittelbar am damals in Berlin noch offenen Eisernen Vorhang. Die Nordseite der Straße, an der das Lokal liegt, gehört zum sowjetischen, die Südseite zum amerikanischen Sektor.

In der "Felsengrotte" sitzen bereits der Dienststellenleiter und ein Stasi-Spitzel. "Kaum hatte Rebenstock Platz genommen", heißt es in dem Bericht der Fahnder, "traten zwei Mitarbeiter an diesen Tisch und erklärten allen drei Personen, daß sie festgenommen sind."

Paul Rebenstock wird in das Gefängnis der Berliner Stasi-Zentrale in der Magdalenenstraße gebracht und ist sofort geständig. Genauso bereitwillig, wie er bei den westlichen Geheimdiensten ausgepackt hat, plaudert er jetzt bei der Staatssicherheit. Der einstige Melker ist dem Spiel der Spione nicht gewachsen. Und er hat noch dazu das Pech, daß sich die politischen Verhältnisse in der DDR seit seiner Flucht erheblich zugespitzt haben.

Am 17. Juni 1953 hatten nur die sowjetischen Panzer die Herrschaft der SED retten können. Die Staatssicherheit war von dem spontanen Volksaufstand kalt erwischt worden. Um die Disziplin in den eigenen Reihen zu fördern, läßt die Spitze der Staatssicherheit nun gegen Rebenstock und einen ebenfalls nach West-Berlin geflüchteten und später freiwillig zurückgekehrten Fahrer der Staatssicherheit einen hochgeheimen Schauprozeß inszenieren.

Am Morgen des 3. März 1954 erscheinen in Zivil gut 300 führende Mitarbeiter der Staatssicherheit aus allen Bezirken der DDR, um den Prozeß zu beobachten und darüber an der Basis zu berichten. Kurz vor Beginn des Tribunals um neun marschiert auch Erich Mielke mit seinem Stab ein. Er ist gut gelaunt, gibt sich jovial und lobt in den Pausen die perfekte Organisation des "Musterprozesses".

Die Verhandlung führt der Vizepräsident des Obersten Gerichts, Walter Ziegler, ein alter Kommunist. Als Beisitzer dienen ein linientreuer Volksrichter und ein echter Rothschild, ein jüdischer Jurist aus Böhmen, der aus England remigriert war.

Rebenstock wird ohne Verteidiger vor den 1. Strafsenat geführt. Als "primitiven Menschen" erinnert ihn der Sekretär Werner Barfus, "der niemals mit der Todesstrafe gerechnet" habe. In einem Prozeßbericht hält ein Stasi-Major fest, daß der Angeklagte "in aufgeregtem Ton seine Verteidigungsworte" vorgebracht habe. "Er versuchte vorzutäuschen, daß er seine Tat bereue und verlangte Herabsetzung des Todesurteiles, damit, wie er selbst sagte, seinen Kindern der Vater erhalten bleibt."

Der Vater von acht Kindern hat keine Chance. Obgleich darüber keine Dokumente existieren, ist sich Barfus sicher, daß das Ergebnis bereits zwischen Erich Mielke und Walter Ulbricht abgesprochen war. Um zehn Uhr abends fällt das Gericht sein Urteil. Der mit ihm angeklagte Fahrer bekommt zehn Jahre Zuchthaus, Rebenstock die Todesstrafe. Verurteilt werden die beiden mittels einer gewagten juristischen Konstruktion wegen Verstoßes gegen eine Direktive des Alliierten Kontrollrats sowie gegen Artikel 6 der DDR-Verfassung, in dem "Boykotthetze", "Mordhetze" und anderes zu Verbrechen erklärt sind.

In der Urteilsbegründung heißt es: "Die Angeklagten haben einen schweren und gemeinen Verrat an ihrer eigenen Klasse, der Arbeiterklasse, geübt." Zudem hätten sie "das imperialistische Lager in seinem Bestreben, ein neues, die gesamte Menschheit umfassendes Völkermorden herbeizuführen, wesentlich unterstützt".

Gewöhnlich tafeln nach solchen Prozessen Richter, Staatsanwälte und die Genossen von der Staatssicherheit im Restaurant "Adria" in der Friedrichstraße, um ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit zu festigen. Doch da der Prozeß hoch geheim ist, fällt das Richtfest diesmal aus.

Am Morgen nach dem Urteil schreibt Rebenstock an Wilhelm Pieck: "Ich bereue meine verbrecherischen Handlungsweisen und bitte Sie, Herr Präsident, um Gnade."

Vergeblich. Um zehn Uhr abends sucht der Staatsanwalt, der schon im Prozeß die Anklage vertreten hat, den Todeskandidaten in seiner Zelle auf und eröffnet ihm, daß er am kommenden Morgen hingerichtet werde. "Er wurde nach seinen Wünschen gefragt", heißt es in seinem Bericht. "Der Verurteilte verlangte nach Zigaretten und Schreibpapier. Der Wunsch wurde erfüllt." Was und an wen Rebenstock in seinen letzten Stunden geschrieben hat, ist nicht bekannt. Sein Ende auf dem Schafott protokolliert der Staatsanwalt mit dem schlichten Satz: "Der Akt dauerte 5 Sekunden."

In Rebenstocks Bestattungsschein trägt ein Dr. med. Hahn als Todesursache "Herzmuskelinsuffizienz, Herzinfarkt" ein. Die Leiche wird knapp fünf Stunden nach der Hinrichtung im Krematorium Dresden-Tolkewitz verbrannt.

Gewöhnlich lagen bei Todesurteilen in der DDR zwischen Verkündung und Vollstreckung Wochen oder Monate. Daß es bei Rebenstock nur gut 30 Stunden waren, hatte einen makabren Grund: Den Kadern der Staatssicherheit sollte demonstriert werden, daß Verrat letale Konsequenzen nach sich zieht. Sechs Tage nach der Hinrichtung erließ Innenminister Willi Stoph über den kurzen Prozeß gegen den Überläufer einen Tagesbefehl an die Stasi.

Sophie Rebenstock erfuhr nichts von dem Prozeß und der Exekution ihres Mannes, der als erster von mindestens elf Stasi-Männern in der DDR Verrat mit dem Leben bezahlte. Zusammen mit fünf noch schulpflichtigen Kindern wurde sie aus der Dienstwohnung exmittiert. Da sie von der Fürsorge nur 98,50 Mark im Monat bekam, gab es Fleisch höchstens am Wochenende. "Wir haben uns so durchgestümpert", sagt Ruth. Statt Verkäuferin zu lernen, mußte sie im Kuhstall schuften.

Erst 1982 bekam die Familie eine offizielle Information. Als Ruth Böge mit ihrer Mutter auf das Standesamt in Strasburg ging, zeigte man den beiden eine Karteikarte, auf der am Rand mit Kugelschreiber vermerkt war, daß Paul Rebenstock am 5. März 1954 in Dresden verstorben sei.

Nach der Wende erreichte die Tochter die Rehabilitierung des Vaters. Das Landgericht Berlin entschied, daß das Urteil gegen ihn "mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar" sei. Die Richter rieten Ruth Böge deshalb auch, "soziale Ausgleichsleistungen" zu beantragen.

Doch die postume Karriere als Justizopfer geriet ins Stocken. Unlängst lehnte das "Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung" in Schwerin den Antrag auf Haftentschädigung ab. Es sei eine besonders tragische Verknüpfung von Lebensumständen, so die Begründung, "daß Herr Rebenstock letztlich offenbar selbst Opfer des von ihm zuvor maßgeblich mitgetragenen Systems geworden ist".

In Dresden ist Rebenstock, ungeachtet solcher Differenzierungen, derweil vom korrupten Stasi-Mann zum Opfer der Staatssicherheit aufgestiegen. Seine Plaste-Urne wurde aus einem anonymen Sammelgrab exhumiert und zusammen mit der Asche anderer aus politischen Gründen Hingerichteter und Rehabilitierter in ein grasbewachsenes Grabfeld mit steinernen Namensplatten überführt. Demnächst wird die "Ehrenanlage" noch mit einer Skulptur in Gestalt einer Gefängnismauer künstlerisch veredelt. Auf der Mauer wird stehen: "Den Opfern stalinistischer Gewaltherrschaft".

* 1952 bei einer Hochzeitsfeier. * Bei einem Besuch in der UdSSR 1964.

Abbildung 18 Artikel „Der Akt dauerte 5 Sekunden“ in der Bild 50 / 1997



Abbildung 19 Stasi-Oberkommissar Rebenstock (3. v. r.): Ein Bauernopfer im Kalten Krieg

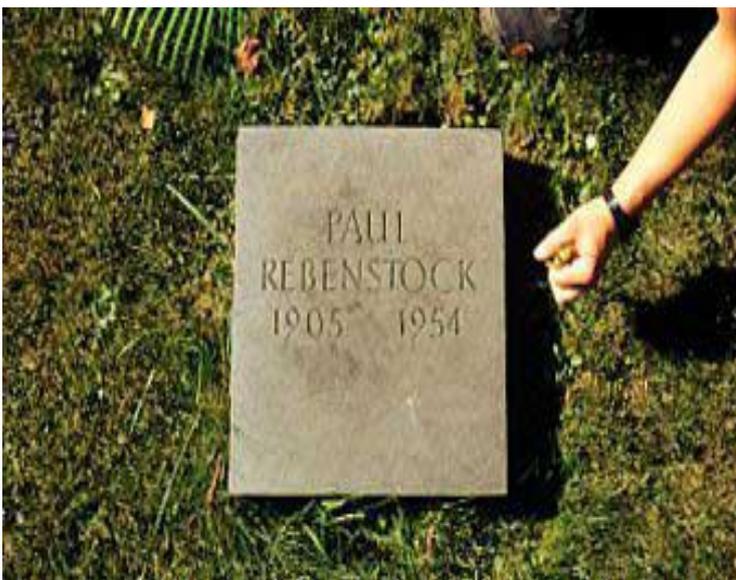


Abbildung 20 Neues Rebenstock-Grab in Dresden



Abbildung 21 Prenzlau Stasigebäude in den 80er Jahren befand sich in der Grabowstraße 33. Heute befindet sich in diesem Gebäude das Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung.